

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis In der Hauptexpedition oder deren Aufgabestellen abgeholt: vierteljährlich 4 80, bei postamtlicher Abholung 5 20.

Redaktion und Expedition: Johannstraße 8. Fernsprecher 156 und 222.

Filialredaktionen: Alfred Hoff, Buchhändler, Universitätsstr. 8, N. Hofstr. 14, u. Reitzstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden: Marktplatz 34. Fernsprecher Amt I Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Damm, Verlag, Postfach 10, Reichenstraße 10. Fernsprecher Amt VI Nr. 4608.

Nr. 229.

Donnerstag den 7. Mai 1903.

Anzeigen-Preis Die 6spaltige Zeitzeile 25 A.

Reklamen unter dem Redaktionsdruck (4spaltig) 75 A, von den Familienanzeigen (6spaltig) 50 A.

Orts-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbestellung 4 60, mit Postbestellung 4 70.

Annahmefluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: Donnerstags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

97. Jahrgang.

Der Industriearbeiter und die Sozialdemokratie.

Was hat der Industriearbeiter von der Sozialdemokratie zu erwarten? Diejenigen Industriearbeiter, die schon von der Sozialdemokratie gewohnt sind, meinen: Alles. Und sie wägen sogar, sie hätten überhaupt nur von der Sozialdemokratie etwas zu erwarten.

Um die rechte Lösung der Frage zu finden, muß man sich zunächst klar darüber werden, welches die berechtigten Forderungen des Industriearbeiters sind, welche die berechtigten und zweckmäßigen Maßnahmen sind, deren er sich im Interesse seiner Forderungen bedienen darf und soll.

Ohne Zweifel hat der Industriearbeiter das Recht, sich möglichst günstige Arbeitsbedingungen zu sichern und für eine immer steigende Erhöhung seiner Lebenslage einzutreten. Für dieses Recht gibt es eine Grenze nur an dem Unmöglichkeit. Steht der Arbeiter z. B. Bedingungen, bei deren Erfüllung der Betrieb auf dem Markte nicht mehr konkurrenzfähig und keine Waren mehr absetzen kann, so können solche Bedingungen naturgemäß nicht erfüllt werden.

Wiederum wird darüber, was noch möglich und was nicht mehr möglich ist, in vielen Fällen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Differenz bestehen. Da hat nun der Arbeiter zu seinem Gunsten ein starkes Mittel in der Hand. Er kann sagen: „Wir Industriearbeiter sind Millionen Menschen. Wir tragen als Konsumenten bester Massenartikel — zu den Einnahmen des Staates viel bei; wir tragen als Soldaten aber auch die Waffen und schützen in der Stunde der Gefahr das Vaterland des Vaterlandes. Der Staat kann und also nicht entbehren. Es muß ihm so viel wie alles darum gelegen sein, daß wir an Leib und Seele gesunde, leistungsfähige und waterlandliebende Staatsbürger sind. Im Staatsinteresse also wird die für den Bestand des Vaterlandes verantwortliche Staatsleitung bestrebt sein, unseren Wünschen so viel wie irgend möglich entgegenzukommen und zur Erfüllung zu verhelfen.“

Und in der Tat beweist die ganze seit zwanzig Jahren ununterbrochen betriebene Arbeiterschaftsbewegung, daß für keinen Beruf so viel Sorge aufgewandt worden ist, wie für den Arbeiterstand. Ein gerechtes Urteil kann es gar nicht verkennen, daß in einer Zeit des allgemeinen Wohlfühlens und der allgemeinen Wehrpflicht der öffentlichen und der politischen Stellung gerade der Arbeitermassen vor vornherein ein gewisses Übergewicht zuzurechnen ist.

Die Sozialdemokratie tut aber alles, um die günstige Stellung der Arbeitermassen im öffentlichen — sozialen und politischen — Leben und deren Übergewicht zu schänden zu machen. In wirtschaftlicher Beziehung bleibt sie mit ihren Forderungen nicht an der Grenze des Möglichen und darum Erreichbaren. Sie fordert vornehmlich die „Aneignung“ der Werkzeuge und eine „Verstaatlichung der Produktionsmittel“, ohne daß sie bisher auch nur ein annähernd klares Bild entworfen hätte, wie denn in „Aneignung“ gewissermaßen werden soll. Schlimmer und schlimmer noch gerichtet hat sie auf politischen Gebiete, indem sie die Beibehaltung der Monarchie und an deren Stelle die Diktatur des Proletariats und die proletarisch-absolutistische Republik verlangt. Die Sozialdemokratie erklärt sich selbst als den Feind alles dessen, was ist. Das kann nur die eine Folge haben, daß sie schließlich alles, was ist, gegen sich selber zum Kampfe aufruft. Das härteste Mittel, über das die Arbeitermassen zur Erreichung ihrer berechtigten Ziele verfügt, ist und bleibt: das Arbeiterinteresse mit dem Staatinteresse zu verbinden. Es ist der größte Schaden, den die Arbeitermassen erleiden kann und erleiden hat, daß die Sozialdemokratie Staat- und Arbeiterinteresse in unverständlichen Gegensatz zu bringen sucht. Das Ergebnis kann nur Kampf sein, ein ernstlich drohender Kampf, bei dem der eine Teil auf dem Wege bleiben muß. Und dahin feuert die Sozialdemokratie.

Aber wenn die Sozialdemokratie auch über noch so große Massen verfügt, so kann sie doch niemals siegen und die Herrschaft im Staate antreten. Je mehr Bürger durch die Sozialdemokratie dem Reichsgedanken abtrünnig gemacht werden, je mehr die Uneinigkeit bei uns wächst, je erbitterter die Kämpfe im Innern des Vaterlandes werden, je mehr das Vaterland dadurch geschwächt wird, um so höher steigt die Gefahr, daß unter einer viel bewunderten und darum noch mehr beneideten und gehaßten Reich dem Ausland die Beute fällt. Entweder man greift uns direkt an, um unseren lästigen Widerstand in der Welt los zu werden, oder aber wir sind wegen unserer inneren Schwäche und Uneinigkeit gezwungen, in allen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen

Frage stellen bezugnehmend, dem Mund zu halten und uns immer die Bitter von Brote nehmen zu lassen.

Was aber ist ein Deutschland, das vom Weltmarkte ferngehalten wird, seine Waren mehr exportiert und ausführt, eine nationale Macht nach außen hin zu repräsentieren? Ein solches Deutschland wäre in erster Linie ein Land, das seine Industriearbeiter verkümmern lassen müßte, weil es ihnen keine Arbeit und keinen Lohn mehr zu geben hätte. Ein solches Deutschland wäre ein Land, wie mit einer schmerzlichen Ruine umgeben, das in sich erstickt und vermodern müßte. Ein solches „hinterlistiges“ Deutschland ist das Einzige, was sich als Endergebnis sozialdemokratischer Politik jemals herzustellen könnte.

Reichstagswahl und Militärpensionäre.

Von einem höheren Offizier a. D. wird dem „Hannov. Kur.“ geschrieben:

In ganz Deutschland ist man an der Arbeit, die Wahlen zum Reichstag vorzubereiten. Am 16. Juni wird von neuem diejenige Körperlichkeit erwählt, die auf fünf Jahre als ein der Vertretung der verbundenen Regierungen gleichberechtigter Faktor über die Gesetzgebung des Reiches entscheiden und die Reichsverwaltung im Namen des Volkes kontrollieren soll. Dieser nun in laugen Wochenräumen wiederkehrende Wahltag ist daher für jeden stimmberechtigten Reichsbürger ein von außerordentlicher Wichtigkeit, weil er hier allein durch Abgabe seiner Stimme auf den Gang der Reichspolitik einzuwirken vermag.

Die erschreckenden Zahlen, daß von den 11 1/2 Millionen Wählerberechtigten des Deutschen Reiches bei den Wahlen von 1898 nur etwa 7 1/2 Millionen oder rund 67,8 Prozent ihre Stimmen abgegeben haben, läßt einen Wahnsinn gezwungenermaßen erkennen, daß diesmal die Pflicht der Wahl in Treue gegen das Vaterland von jedem dem Berechtigten auferlegt werde.

Es liegt leider nahe, daß zu den faumfeligem Wählern des Jahres 1898 die Militärpensionäre ein nicht geringes Kontingent gestellt haben, denn diese sind von ihrer aktiven Dienstzeit der des Wahlrechts ungewohnt und haben in den meisten Fällen unter barten, ihr Pensionsscheine verdrängenden Begleiterscheinungen, die das Interesse am politischen Leben beeinträchtigen, den lebenswichtigen Beruf aufgeben müssen, oder sie leben der unter den „Gleichgültigen“ so weit verbreiteten Holzregenern, Käufern und Regierern fern hart genug, auch ohne das Zutun des Reichstages für das Wohl des Landes zu sorgen, und empfinden dem Wahltag gegenüber eine ungerückte Stellung.

Die Bedenken nicht, daß nur durch das Vorhandensein einer Zahl von ungefähr 4 Millionen gleichgültiger Wählerberechtigter die Sozialdemokratie mit ihren über 2 Millionen betragenden Stimmen bei der letzten Wahl sich hätte behaupten könnte, daß sie weit über ein Viertel der gesamten Wählerkraft repräsentiere. Gerade der Sozialdemokratie gegenüber, die mit ihrer strengen Disziplin jeden einzelnen Wähler an die Wahlurne zwingt, und gegenüber der Zentrumspartei, die die Disziplin der katholischen Kirche in den Dienst des Wahlzwecks stellt und dadurch die zweifelhafte Stimmenzahl auf sich vereinigt, sollte die Ausübung der Wahlpflicht für jeden Wahlberechtigten, und besonders für jeden Militärpensionär, der sein Leben von Jugend an dem Dienste des Staates gewidmet hat, die unverbrüchliche Parole sein. — Die Verstaatlichung des Reiches ist ja zweifellos in der Nation gefordert, der politische Einfluß des Reichstages aber hat gerade in den letzten Jahren mehr zu als abgenommen. Auch dadurch wird die politische Bedeutung des Wahlzwecks erhöht.

Für den Militärpensionär aber tritt ein weiterer Grund hinzu, der ihn zur Erfüllung der Wahlpflicht treiben sollte. Er ist allerdings nicht so wichtig, wie dem Hauptgrund, den jedes das Gemeinwohl des Staates bildet, und betrifft das eigene Interesse des Militärpensionärs. Aber wenn sich andere Interessengruppen, wie der Bund der Landwirte, der Bund der Kaufleute u. a. m. zu politischen Zwecken zusammenschließen, so ist es dem Militärpensionär nicht zu verdenken, wenn sie ihre Stimmabgabe auch aus Interessen-Rücksichten nicht verweigern.

Vor kurzem kündete die „Nordd. Allg. Ztg.“ die folgenden Kardinalpunkte als zu den Aufgaben der kommenden Legislaturperiode gehörig an: Erneuerung der Handelsverträge, Armeevorsorge infolge Abwands der Reservisten, Gesetz über die Auslandsreise, ökonomische Zentralbank und schließlich noch die Reichsfinanzreform — sämtlich alles hervorragende wichtige Gesetzesvorlagen. Aber mit tiefem Bedauern vermißt der Militärpensionär auf diesem Reichstages das schon dem noch lebenden Reichstage von der Regierung schwerförmig verweigerte „Einkommensteuergesetz“, das der jetzt in Frage stehende ein Ende machen sollte. Der Zustand, daß drei Kategorien von Pensionären existieren, die älteren Quälsbedrückten immer schlechter gestellt als die nachfolgenden, die unzureichende Dotierung der Kriegsveteranen, von denen bei dem im Gange befindlichen Erhebungen allein im Regimentsbezirk Vörmberg 218 ganz oder teilweise Erwerbsunfähige festgestellt sind, die noch jeglicher Pension entbehren, soll also in seiner bisherigen Form bestehen bleiben!

Da liegt es im wohlverstandenen Interesse der Militärpensionäre, ihre Stimmen der Partei zuzuführen, die schon seit Jahren für den Erlass eines neuen ausgleichenden Einkommensteuergesetzes mit zündender Kraft eingetreten ist, und das in die nationalliberale, deren Mitglied, Graf Otto von Bismarck, mit seinen Parteifreunden in allen Kämpfen der letzten Wahlen sich der mächtigen und unantastbaren Aufgabe gewidmet hat, das Los der Militär-

pensionäre zu bessern und den überlebenden Kriegern aus vorher Zeit beizubringen.

Der Verfasser verkennt keineswegs, daß der konservative Abgeordnete Graf von Bismarck und der Reichsparteiler v. Kardorff dem Grafen Orloff wieder sekundiert haben; aber da in der Provinz Hannover beide Parteien wenig in Betracht kommen, so beschränkt er sich darauf, den Militärpensionären die fröhliche Unternehmung der nationalliberalen Kandidaten zu empfehlen. Wenn er in dem Königreiche Sachsen leiste, so würde sich seine Empfehlung weiter erstrecken. Darüber werden auch die sächsischen Militärpensionäre nicht im Zweifel sein. Welche Kandidaten sie zu unterziehen haben, brauchen wir ihnen nicht zu sagen. Es kommt nur darauf an, daß sie an der Wahlurne nicht fehlen. Und deshalb ist ihnen die Wahrung ihres hannoverschen Kameraden wärmstens aus Herz gelegt.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Mai. (Nicht „angekündigt“.) Die fiktive „Reichliche Volkspartei“ beiriet gegenüber einem sächsischen Blatte, „angekündigt“ gelang zu haben, daß ihr ein ablehnender Sozialdemokrat lieber sei als ein Protektant. Bei dieser Versicherung des sächsischen Zentralblattes ist der Nachdruck auf das Wort „angekündigt“ zu legen. Denn während die Erklärung abgibt, bekennt sie gegenüber dem „Vormärz“: „Es ist eine ganz nichts anerkennende Verhöhnung des „Zentrumskapitalismus“, wenn behauptet wird, seine Vertreter müßten lieber nationalliberale Anhänger des 2. Reiches sein als Sozialdemokraten; denn das 2. Reich ist ja durch den Wahlverlust (des Zentrums) ausdrücklich ausgeschlossen.“ — Nicht ganz „angekündigt“, aber doch „gekündigt“, gibt hiermit das leitende Zentralorgan an erkennen, daß ihm ein Sozialdemokrat lieber ist als ein „Protektant“. Die Wahlmänner des Zentrums müßten in den Wahlkreisen Hannover, Karlsruhe und Pforzheim zu Gunsten der Sozialisten und zu Ungunsten der „Protektanten“ nimmt dem Befehms der „Reich. Volksp.“ den Reiz der Neugier.

Berlin, 6. Mai. (Polen und Zentrum von Alenkein bis Wladislaw.) Wader in den eigentlich politischen gemäßigten Erwerbsteilen machen die Polen dem Zentrum neben Rheinland-Wahlkreisen auch in Thüringen zu schaffen. Die „Reichliche Volkspartei“ gibt sich zwar der Hoffnung hin, daß im Wahlkreise Alenkein die Polen diesmal zum größten Teil für den Kandidaten des Zentrums, Hermann, stimmen werden; aber diese Erwartung erweist sich angesichts der sich auch in Thüringen häßlich regenden nationalen Gegensätze — wir erinnern an die litauischen Sonderkandidaturen in Kiew und Litzke — als wenig berechtigt. Die Polen haben bekanntlich den Wahlkreis Alenkein sogar einmal inne gehabt, nämlich von 1898 bis 1899, und sie haben es sowohl bei den Wahlen von 1898, wie bei denen von 1899 auf die natürliche Zahl von über 3000 Stimmen gebracht. Berücksichtigt man die abermal hervortretende große Aktion der Polen, so kann man kaum an einen kampflosen Abzug in Alenkein glauben. Auch in der Provinz Polen ist die Situation für das Zentrum nicht günstig. Der Versuch des Grafen Radowitz, sich als Zentrumskandidat zu postulieren, ist von dem polnischen Provinzialparlament gänzlich vereitelt worden. Das hat Zentrum aber keine Wahl, einen Wahlkreis in der Provinz Polen zu erobern, so besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß es den einzigen Kreis, den es in dieser Provinz besitzt, verliert. Die deutschen Parteien im Wahlkreise Frankau-Bistula haben sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt und damit erweist das Schicksal des gegenwärtigen Abgeordneten dieses Wahlkreises, Dandell, es hat in Thüringen und Polen nur um vereinzelte Wahlkreise, in denen das Zentrum in Frage kommt, so wird in Oberschlesien gleich ein halbes Dutzend Wahlkreise dieser Partei von den Polen gefährdet. Der polnische Wahlschutz für Oberbesitz ist schon erloschen und die Zentrumspartei wird darin mißtrauisch ebenso mitgenommen, wie die anderen deutschen Parteien. Der Kampf gegen den germanischen Dörmant erhebt die den engsten Zusammenhalt aller polnischen Polen; daher muß man sich vom Zentrum befreien. „Germanischer Dörmant“ in Verbindung mit dem Zentrum hat einen entscheidenden humoristischen Beigeschmack. Nicht, als ob es dem Zentrum anderen Parteien gegenüber an Dörmant fehle; aber gerade die Polen, auch diejenigen Oberschlesien, haben sich wahrlich nicht über „germanischen Dörmant“ des Zentrums zu beklagen. Dies nun so weniger, als das oberbesitzliche Zentrum schon längst auf eine spezifisch germanische Eigenart der dortigen Zentrumskandidaten verzichtet hat. Die bei den letzten Wahlen gewählten Zentrumskandidaten Szmulka und Petzold haben jederzeit ihr Potential nachdrücklich bekundet, und die Abgeordneten Glowacki und Petzold haben ihrer Abneigung und wohl auch ihren Bemerkungen nach dem germanischen Dörmant mindestens ebenso nahe, wie dem polnischen. Wenn so gerade jetzt das Zentrum durch die Aufhebung des wasserpolnischen Verordnungsartikels in Weichen-Tarnowitz viele deutsche Katholiken vor dem Kopf geschoben; zum mindesten hat es mit dieser Kandidatur gerade seinen „germanischen Dörmant“ bewiesen. Den Polen erhebt es offenbar schon als germanischer Dörmant, wenn eine deutsche Partei nicht sofort Dandell oder Kopf dazwischenlegt, sobald die einzelnen Parteien geteilt werden. Kräftig nicht alles, so müssen die diesjährigen Wahlen eine reinliche Scheidung zwischen dem Zentrum und den Polen herbeiführen, zum Flusse der durch das Zentrum vielfach jahrgelagerten deutschen Politik in der Zukunft.

Berlin, 6. Mai. (Entwicklungsbedeutungen in der amerikanischen Arbeiterbewegung.) Im neuesten Heft der „Jahrbücher für Nationalökonomie

und Statistik“ veröffentlicht der hessische Regierungsdirektor Ernst Pflanz, der monatlich in den Vereinigten Staaten mit Arbeitern zusammen gelebt und auch mit ihnen gearbeitet hat, einen geschätzten Beitrag zur Psychologie der amerikanischen Arbeiter. Pflanz' Untersuchung erscheint besonders interessant deshalb, weil sie über die Entwicklungsbedeutungen der amerikanischen Arbeiterbewegung lehrreiche Aufschlüsse gibt. Bekanntlich besteht in den Vereinigten Staaten ebensowenig eine Arbeiterpartei, wie im Reich der Arbeiter als solcher vertreten ist; es gibt nur eine republikanische und eine demokratische Partei, die beide um die Stimmen der Arbeiter kämpfen. In den Arbeitervereinen, die meist Gewerkschaften sind, finden sozialistische oder anarchoistische Ideen ex officio keine Vertretung, und auch als Privatansicht sind solche Ideen nur in den untersten Schichten zu finden. Die Arbeiter sind nach dem Grundzuge der Gewerkschaftsbewegung in „Unions“ (Gewerkschaften) organisiert; der größte Teil dieser Unions ist in einem Verbände, der „American Federation of Labour“, zusammengefaßt, der ein ungeschlossenes Bild bietet. Wir leben in ihm alte Unions, meist bestehend aus amerikanischen gelernten Arbeitern, die eine gemäßigtere Politik treiben; wir sehen daneben andere Unions, in denen ungeschulten, unruhige Elemente einem selbständigen Agitator folgen. Ueberblickt man die Unions als Ganzes, dann erscheinen ihre Leiter in demselben Maße konservativer und vernünftiger, in dem Maße, in dem sie mehr verantwortungsvolle Ziele haben. So kann man sagen, daß die Hauptleitung und das konservative Element der Arbeiter, sowie teilweise zweiter Kategorie in den alten Unions Kreise zu verzeichnen sind, daß aber die Unterleitung und die Arbeiter dritter Kategorie dazu angelegt sind, demokratischen vom Jaume zu brechen. Die Reimann der Unions von den zuletzt erwähnten Elementen ist wegen der exklusiven Tendenzen innerhalb der Unions zu erwarten. Beweise für jene exklusive Tendenz sind die Abweisung vieler und gerade der fröhlichen Unions durch hohe Beitragsgebühren und durch Beschränkung der Mitgliedschaft. Die meisten Unions verlangen ein Eintrittsgeld von 40 bis 50 A. die Mitglieder New York ein solches von 100 A. manche andere Unions ein solches von 400 A.; das Verhältnis zwischen der Zahl der Bezahlenden und der Mitglieder ist in vielen Unions auf 1:2, in manchen sogar auf 1:15 beschränkt. Erhalten die Unions durch diese exklusive Tendenz einerseits eine konservative Richtung, so werden andererseits durch das Dazwischenkommen der konservativen Elemente auch der übrigen Arbeiterkreise radikalere Stimmungen erzeugt, und damit bildet sich ein eigenartiger Boden für sozialistische oder anarchoistische Ideen, wie sie jetzt schon in den dunklen Quartieren New York sichtbar werden. Bei Kritik und eventueller Reorganisation kann hieraus eine soziale Gefahr erwachsen. Betrachtet man aber die Schichten unter dem Gesichtspunkte des Gegensatzes zwischen Proleten und Bourgeois, so scheint die Entwicklung im Hinblick auf die exklusive Tendenz der Unions auf einen Zusammenstoß von monopolisierter Arbeit und monopolisiertem Kapital hinzuweisen, welcher die Gefahr der Benachteiligung aller Arbeitenden, namentlich der Randbevölkerung, nachsichziehen dürfte.

Berlin, 6. Mai. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Zeitung“ meldet: Durch die Presse gibt eine Meldung, nach welcher der wegen Ermordung eines Angehörigen in Deutsch-Südwestafrika in längerer Haftbefristung verurteilte Prinz Vredner v. Arenberg begnadigt sein soll. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Meldung unrichtig ist. In den unantastbaren Verträgen gab möglicherweise der kaiserliche Anhalt, daß bei den zuständigen Ministerien ein Antrag wegen Wiederaufnahme des Verfallsrechts vorliegt.

— Zum Rücktritt des Erprinzen von Reiningen vom Kommando des VI. Armeekorps in Breslau schreibt die „Berl. Morgenpost“: „Es heißt, daß dieser überlebende Anstich des Ostpreußen in engher Zusammenhänge steht mit dem vielbesprochenen Falle des Korpskommandeurs gegen die Soldaten in Breslau. Wir nehmen Abstand, von dem menschlichen Gerichte zu nehmen, welche über die äußeren Umstände dieses Ereignisses in Unklarheit sind, und registieren nur soviel, daß der Rücktritt des Erprinzen sich in den sonst üblichen Formen nicht vollziehen können soll.“

— Es wird ebenfalls in Preußen. Der Geist der Rebellion geht uns im Herrnhaut. Der Iste ohne Schauer, was da gebreht steht in einem Blatte aus Preussisch-Berlin und alle lautet:

Gegenüber der abscheulichen Kritik, die der Kaiser bei seiner letzten Besichtigung des Kronenbergs für das Herrnhaut nach Mitteilungen in der Presse über die Anlage geübt haben soll, ist ein höher wenig beachteter Abschnitt in der Schlussrede des Präsidenten des Kronenbergs Herz zu Hieb hervorgetan. Nach dem genealogischen Berichte legte der Kaiser zu Hieb: „Wenn ich heute an diesem Kronenbergs, hat das durch den Kronenbergs veranlaßte Revolutionen der Tagung des Kronenbergs in diesen Räumen hier sein Ende erreicht. Der Abschied wird uns nicht fehlen; denn wir führen mit Beginn der nächsten Session zurück an die alte und liebgewohnte Stätte, in die Gedächtnis, von dem wir soeben hier, daß wir uns in ihm wohl untergebracht haben werden. Das neue Gebäude ist wirklich ein so prächtig und schön angelegtes — daß man sich ihnen aus vielfach eigener Anschauung sagen —, daß wir uns jedenfalls da wieder niederlassen werden als in diesem.“

Konferenzstellen, Agrarverhältnisse, regierungspräsidentiale Abwicklungsstellen und nun nach der Aufnahme im Herrnhaut. Wenn das noch nicht in der Werkschiff „Büchsenfabrikation“ nach dem Bericht wird!